

Ratsmehrheit für Bewerbung um Landesgartenschau

Zuschlag für 2026 angepeilt, als Areal sind Kurpark, Moorwiesen und Fort im Gespräch / Wählergemeinschaft hat Vorbehalte

CUXHAVEN. Blütenpracht oder „Schaufenster“, in denen sich die für die Küstenregion charakteristischen Landschaftstypen studieren lassen, könnten Cuxhaven niedersachsenweit in die Schlagzeilen bringen: Kalkül hinter der Idee, eine Landesgartenschau an die Elbmündung zu holen. Als Austragungsort könnte die Stadt allerdings nicht nur neue Besuchergruppen erschließen, sondern ihren eigenen Bürgern etwas Bleibendes hinterlassen: Der Kurpark, die angrenzenden Moorwiesen und das zuletzt eher selten genutzte Fort Kugelbake könnten (geografisch gesehen) die Eckpunkte einer solchen Veranstaltung bilden – mit dem Effekt, dass das circa zehn Hektar große Areal eine Aufwertung erführe.

Das Bild eines „riesigen neuen Kurparks“ beschwor CDU-Rats-

herr Enak Ferlemann bereits im Kommunalwahlkampf 2016; kürzlich brachte die Union das Thema in Form eines Eilantrags abermals aufs Tapet. Als Fraktionsvorsitzender erinnerte Thiemo Röhler daran, dass sich die aus CDU/FDP-Gruppe, SPD und Grünen bestehende Ratskooperation zu Beginn der laufenden Legislaturperiode das Ziel gesetzt hatte, dass die Stadt Cuxhaven im Bewerbungsverfahren um eine im Vier-Jahres-Rhythmus stattfindende Landesgartenschau ihren Hut in den Ring werfen soll.

Frist endet im September

„2026 ist die nächste“, gab der Gruppenvorsitzende zu bedenken; die Stadt müsse folglich Gas geben, um bis zum Ende der Bewerbungsfrist (30. September 2021) ihr Interesse geltend zu ma-

chen. „Für die Konzeption braucht man außerdem Büros, die sich mit der Materie auskennen“, so Röhler weiter. Die Zahl solcher Experten sei überschaubar, weswegen sich die zuständigen Stellen im Rathaus doppelt beeilen müssten: „Es geht darum, dass uns nicht andere Städte diese Kapazitäten wegschnappen.“

Kritik an Art des Verfahrens

Als Kopf der Stadtverwaltung ließ der Oberbürgermeister keinen Zweifel daran, dass er den Auftrag aus den Reihen der Ratsmehrheit gerne ausführe. Cuxhaven sei zwar bereits heute ein wunderbares Ziel für Touristen, mit einer Landesgartenschau, von der auch die heimische Bevölkerung profitieren würde, könne die Stadt allerdings eine weitere Visitenkarte abgeben. Von seiner Warte her ge-

sprochen könne er sich im Übrigen keinen besseren Standort für eine solche Veranstaltung vorstellen. „Wir müssen aber“, so Santjer, „darauf achten, dass wir mit plus/minus Null aus der Sache herauskommen.“ Eine Gartenschau koste 15 bis 20 Millionen Euro; Kosten, die allerdings keineswegs allein über die Kommune beziehungsweise die Eintrittsgelder finanziert werden müssen. „Das Land beteiligt sich daran“, betonte der OB.

Zustimmung signalisierten abermals auch die Grünen: „Wir machen da mit, weil so eine Veranstaltung im Grunde eine gute Sache ist“, meldete sich Bernd Jothe, Fraktionsvorsitzender der Bündnis-90-Ratsfraktion zu Wort. Eine Meinung, der sich große Teile des Rats anschlossen, als es schließlich um ein Votum ging.

Vorbehalte artikulierten die Vertreter der Wählergemeinschaft „Die Cuxhavener“. Deren Fraktionsvorsitzender Rüdiger Kurmann wies im Nachgang in einem an den OB gerichteten Brief darauf hin, dass die Dringlichkeit der Abstimmung „nicht zu ersehen“ gewesen sei. Immerhin habe die Mehrheits-Koop hinreichend Zeit gehabt, einen entsprechenden Antrag fristgerecht loszuwerden. Nach Kurmanns Auffassung verträgt sich eine Landesgartenschau außerdem schlecht mit der Cuxhavener Sparpolitik; eine „Spontanbewerbung“ sei besser mit der Kommunalaufsicht abzustimmen. „Die Cuxhavener“ machen keinen Hehl daraus, dass es aus ihrer Sicht überflüssig ist, sich auf solch ein Event zu kaprizieren: Das Weltnaturerbe Watt brauche keine landseitige Konkurrenz. (kop)